

Karl Mai  
Halle, den 8.5.1999

## Zur Gewinnlage und Gewinnbesteuerung deutscher Unternehmen

Übersicht:

0. Vorbemerkung
1. Zur Gewinnlage
2. Zur Gewinnbesteuerung
3. Fazit für die Wirtschaftspolitik

### 0. Vorbemerkung

Die öffentliche Diskussion über die Unternehmensbesteuerung in der Bundesrepublik ist auf die Ansicht fixiert, daß die Gewinnbesteuerung zu hoch und die Netto-Rendite zu niedrig sei, woraus sich negative Wirkungen auf die Investitionsneigung ergeben würden.

Auch im internationalen Vergleich seien deutsche Unternehmen (Kapitalgesellschaften) steuerlich benachteiligt.

Dies ist Anlaß genug, diese Ansicht mit der volkswirtschaftlichen Realität gemäß der offiziellen Statistik zu konfrontieren.

### 1. Zur Gewinnlage

Zum Jahresende 1998 wurde die Gewinnlage der deutschen Unternehmen durch den Sachverständigenrat (SVR) analysiert und statistisch belegt. /1/ Danach stieg die Gewinn-Erlös-Relation der Gesamtwirtschaft (ohne Staat) seit 1994 wieder über die +3 %-Marke kontinuierlich an und erreichte zu Ende 1998 annähernd +7 %. (S. 73)

Die "Rendite für Sachanlagen" überstieg leicht die +5 %-Marke. (S. 74)

Aber die "Eigenkapitalrendite" für Westdeutschland erreichte bereits 1996 wieder einen Stand bei +11 %. (S. 78)

Im Verarbeitenden Gewerbe lag die "Rendite für Sachanlagen" 1996 schon wieder deutlich über +11 %, darunter in der Elektrotechnik bei +17 % und in der Chemischen Industrie fast bei +20 %, im Fahrzeugbau und Baugewerbe aber nur bei +5 %. (S. 77)

Der SVR zog daraus den Schluß: "Die Ertragslage der Unternehmen hat sich verbessert, und zwar immerhin so weit, daß bei stabilen Rahmenbedingungen und anhaltender konjunktureller Erholung von daher einer neuen Investitionsdynamik nichts mehr im Wege steht." (S. 79)

Zu den stabilen Rahmenbedingungen rechnet der SVR eine Verbesserung der Angebotsbedingungen auf mittlere Sicht und eine weitere moderate Lohnpolitik. "Eine solche Stabilisierung der Erwartungen ist für die Investitionsentwicklung um so bedeutsamer, je unsicherer das weltwirtschaftliche Umfeld und damit die Aussichten auf eine angemessene Auslastung zusätzlicher Kapazitäten erscheinen." (S. 79)

Damit wird der Wirtschaftspolitik eine gewinnsteigernde Pufferfunktion für die Risiken des Weltmarktes zugewiesen.

Halten wir also fest: Die Investitionsfähigkeit der Unternehmen habe sich erholt, jedoch die Investitionsneigung leide unter den Unsicherheiten der Auslastung zusätzlicher Kapazitäten.

Letztere Unsicherheit ist jedoch unter den instabilen Lagen der Weltregionen ganz normaler Alltag einer globalisierten Marktwirtschaft.

Ergänzend zum SVR legte die Bundesbank etwa gleichzeitig eine Analyse

der Ertragslage der westdeutschen Unternehmen vor. /2/

Danach "hat sich die Ertragslage der westdeutschen Unternehmen im Produzierenden Gewerbe, im Handel und im Verkehr 1997 deutlich verbessert." (S. 27)

"Die Brutto-Umsatzrendite erreichte mit gut 4 % etwa den vergleichbaren Durchschnittswert im Zeitraum 1987 bis 1991." (S. 31)

Für 1997 zeigt die Bundesbankstatistik eine Verbesserung des ausgewiesenen "Jahresergebnis vor Gewinnsteuern" um 31 Mrd. DM oder um 25 %. (S. 30)

Damit stützt die Bundesbank in ihrer Bewertung der Renditelage die Ansicht des SVR.

Durch die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) wird die günstige Tendenz der Gewinnquote der deutschen Unternehmen am Volkseinkommen bestätigt:

Jahr	Volkseinkommen in Mrd. DM	Brutto-Lohn in Mrd. DM	Brutto-Gewinn in Mrd. DM	Gewinnquote in %
1994	2.510,02	1.824,14	685,88	27,33
1995	2.598,98	1.883,43	715,55	27,53
1996	2.657,00	1.902,51	754,49	28,40
1997	2.735,69	1.906,98	828,71	30,29

Demzufolge hat sich die Gewinnquote am Volkseinkommen zwischen 1994 und 1997 um 3 %-Punkte stark erhöht und den Stand von 29,7 % des Jahres 1989 (in Westdeutschland) bereits übertroffen. /3/ (S. 350)

Zum Vergleich: die Gewinnquote am Volkseinkommen lag in den USA 1996 bei 26,5 % , in Japan bei 27,2 % und in Dänemark bei 25,1 % .(S. 315)

Auch dies deutet auf einen ertragsgünstigen Trend für die deutschen Unternehmen (insgesamt) hin. 1997 stieg immerhin das Volkseinkommen um fast 79 Mrd. DM, wovon nur ein "Scheibchen" von 4,4 Mrd. DM den abhängig Beschäftigten brutto zufiel.

Im Ergebnis der positiven Entwicklung der unternehmerseitigen Eigenmittel stieg deren Relation zur Finanzierung von Anlageninvestitionen bis 1997 auf 161 % (gegenüber 1991= 112 %) stark an. (Ohne Staat und Wohnungsvermietung.) (/4/ (S. 23)

Der DGB führte zu Anfang 1998 an: "Die Berechnungen der EU-Kommission kommen somit ebenfalls zu dem Ergebnis, daß in Deutschland die Kapitalrendite so hoch liegt wie zu den Vollbeschäftigungszeiten Anfang der 70-er Jahre."

Gegenüber dem Stand von 1971 war die Brutto-Kapitalrendite in Westdeutschland bis 1997 höher angestiegen als vergleichsweise in den USA, Japan und Europa-15, nachdem sie auch schon zwischenzeitlich immer günstiger gelegen hatte. /5/ (S. 21)

## 2. Zur Gewinnbesteuerung

Mitten in die neoliberale Meinungsmanipulation über zu hohe deutsche Steuersätze platzte 1996 eine ifo-Studie über Standortfaktoren, die man ob ihrer kritisch-differenzierten Sichtweise nachträglich zu gern "eingestampft" hätte. Hier die Folgerungen des Autors:

"Im internationalen Vergleich hohe Körperschaftssteuersätze werden kompensiert durch noch immer günstige Abschreibungsregelungen für Bauten sowie die steuerliche Begünstigung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung..." (ifo-Schnelldienst, Nr. 20/96, S. 14)

Kritisiert wurde dagegen die zu starke Belastung der Finanzierung aus "einbehaltenen Gewinnen" in Deutschland.

Und (S. 10): "Ein isolierter Vergleich der Körperschaftssteuersätze von Kapitalgesellschaften ist aber wenig aussagekräftig... Von zentraler Bedeutung sind außerdem Bemessungsgrundlage und Abschreibungsmodalitäten: Wenn in einem Land der Abschreibungszeitraum vergleichsweise kurz ist, entsteht daraus ein Zinsvorteil, der einen höheren Steuersatz ausgleicht."

In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese präziseren Aspekte des Steuerproblems lange zugunsten einer Wertung bloß über Regelsteuersätze für Gewinne überdeckt. Mit der rot-grünen Steuerreform gerieten jedoch die Abschreibungsregelungen ins Zentrum der "Streichung von Vergünstigungen" und erhöhten das Konfliktpotential.

Nach den Angaben des SVR beliefen sich sämtliche Gewinnsteuern (bezogen auf die Brutto-Gewinne nach der VGR) für 1994 auf 15,1 % und für 1997 auf nur noch 8,7 %.

Der Staat "begnügte" sich also 1997 mit nur 71,8 Mrd. DM Gewinnsteuern aller Arten, die sich auf 2,62 % des Volkseinkommens beliefen. /6/ (S. 350) Diese Gewinnsteuern betragen 1997 nur 28,8 % der erfaßten Lohnsteuern. (S. 133)

Dennoch kämpfen die Unternehmerverbände zäh um weitere Steuersenkungen für Gewinne, obwohl das hierbei noch zusätzlich erzielbare Senkungsvolumen wenig Anreize für Erweiterungsinvestitionen bieten könnte: die Netto-Investitionen betragen 1997 in Deutschland 256,16 Mrd. DM, wobei außerdem für 85,71 Mrd. DM "unverteilte Gewinne" in den Unternehmen blieben.

Ein Hauptteil der Brutto-Investitionen in Höhe von 472,5 Mrd. DM wurde 1997 ohnehin aus Amortisationen finanztechnisch gedeckt. /7/ (S. 42)

Stellt man die schon relativ geringe Gewinnbesteuerung der Unternehmen ins Verhältnis zu den Summen, die als Subventionen in die Unternehmen zurückfließen, dann zeigt sich der volle Umfang der wirtschaftspolitischen Wirkung der Unternehmerlobby:

Das DIW berechnete die Steuervergünstigungen für Unternehmen für 1996 auf 53,7 Mrd. DM und die Finanzhilfen allein des Bundes an Unternehmen auf 99,1 Mrd. DM.

Das IfW berechnete die Finanzhilfen aller Gebietskörperschaften für 1997 an die Unternehmen auf 141,7 Mrd. DM. /8/ (S. 44)

Fazit: Die Unternehmen erhielten 1997 bereits das Doppelte dessen vom Staat zurück, was sie an Gewinnsteuern zahlten.

Die für 1998 gültigen Sätze für Körperschaftssteuern auf einbehaltene Gewinne der Unternehmen zeigen für Deutschland einen Spitzenplatz im Vergleich zu 15 anderen Industrieländern. (S. 43) Er liegt etwa bei 10-12 %-Punkten über einem Zentralwert der ausgewählten Länder. Dieser "überaus hohe" Steuersatz bringt aber insgesamt nur eine absolute Körperschafts-Steuersumme von 36,5 Mrd. DM je Jahr. /9/ (S. 133)

Selbst wenn der deutsche Körperschaftssteuersatz um weitere 10 %-Punkte abgesenkt würde, müßte der resultierende Netto-Mehrgewinn sich auf eine Größenordnung unter 4 Mrd. DM belaufen. Da allein schon die deutschen Produktionsunternehmen über "flüssige Mittel" in Höhe von 969 Mrd. DM (1997) verfügten, ist es eigentlich unvorstellbar, daß ein Netto-Mehrgewinn von 4 Mrd. DM die Investitionsbereitschaft hier nachweisbar erhöhen könnte.

Eine ähnliche Bagatelle-Rolle spielt faktisch die "Veranlagte Einkommenssteuer" auf ausgeschüttete Gewinne von Kapitaleignern, die sich trotz hoher deutscher Spitzensteuersätze auf "nur" 9,5 Mrd. DM (1998) im Aufkommen darstellen. (S. 133)

Auch hier würde eine Steuersatzsenkung minimale Ergebnisse eintragen, im Vergleich zur jährlichen Steuerflucht von ca. 120 Mrd. DM ins Ausland. Dennoch ist interessant, daß die Niederlande, Frankreich, Dänemark und Japan im "Spitzensteuersatz für Einkommen" noch höher als Deutschland liegen.

Der politische Druck der Unternehmerseite zur Gewinnsteuersenkung zeigt sich als keineswegs notwendig, um die Investitionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern. Dies wird zusätzlich durch die geringe Dimension der "Einkommens- und Ertragssteuern" am Umsatz erhärtet, die nur einen 1 %igen Anteil erreicht und folglich die Umsatzrenditen der Unternehmen nicht erheblich beeinflussen kann. /10/ (S. 46)

Folglich wäre es illusorisch, wenn versucht würde, die "Renditen auf das Sachanlagekapital" hierdurch auf das Niveau der Renditen für variabel verzinsliche Wertpapiere anheben zu wollen, welches für Deutschland mindestens um 3 %-Punkte günstiger liegt. /11/ (S. 74)

Eine gesonderte Betrachtung zur "Gewerbsteuer", die 1997 fast 49 Mrd. DM an Steueraufkommen brachte, fällt außerhalb der hier gebotenen Betrachtung, da ein neoliberaler "Standortwettbewerb" weitgehend ausgeklammert ist. Eine Absenkung dieser Steuern, die für Handwerk und Kleingewerbe durchaus bedeutsam wäre, stößt auf die ungelösten Fragen der Gegenfinanzierung für die am Steueraufkommen beteiligten Gebietskörperschaften.

### 3. Fazit für die Wirtschaftspolitik

Die verbissene Forderung der Unternehmerverbände zur Senkung ihrer Körperschaftssteuersätze und der Spitzensätze der (veranlagten) Einkommensteuern steht in keinem Verhältnis zu deren ökonomischen Gewichtung gemäß Statistik.

Selbst eine Gewinnsteuersenkung um jährlich weitere 20 Mrd. DM Volumen beim Aufkommen muß gegenüber den 756 Mrd. DM Netto-Gewinnen von 1997 verblassen.

Die soeben im Bundestag beschlossenen Mehrbelastungen der Unternehmen für 1999 in Höhe von 1 bis 2 Mrd. DM /12/ (S. 42) ist ebenfalls zu geringfügig, um überhaupt die Renditelage nachhaltig zu beeinflussen:

Die volkswirtschaftliche Investitionsrate wird dadurch nicht berührt, wenn man das gesamte Volumen der Bruttoinvestitionen von 731. Mrd. DM (1997) heranzieht.

Der politische Druck der Unternehmerseite auf die rot-grüne Bundesregierung kann nur erklärt werden, wenn man den Zorn der Unternehmer-Spitzenvertreter berücksichtigt: es hat jemand gewagt, erstmals seit Beginn der Kohl-Ära, der Unternehmerseite geringe Einbußen an Netto-Gewinnen abzutrotzen.

Seit Jahren fungierte die Bundesregierung als Selbstbedienungsladen für die Großunternehmen und ihre Verbände: der Gewinnsteueranteil am Bruttogewinn sank von 21,7 % (1981) auf 8,7 % (1997) zugunsten der Unternehmen und Vermögen ab. Bezogen auf 1997, brachte diese Verringerung der Gewinnsteuerlast den Unternehmen einen zusätzlichen Netto-Gewinn von 108 Mrd. DM. Wehe einer Bundesregierung, die diese Tradition verläßt! Stihl: "Kasus belli".

Während ein Scheingefecht um angeblich zu hohe "kapitalfeindliche" Spitzensteuersätze auf Einkommen geführt wird, bleiben die Steuerschlupflöcher ins Ausland zu wenig beeinträchtigt oder werden zu langsam verschlossen.

Sinken aber diese Spitzensteuersätze um etwa 10 %-Punkte ab, folgt für die resultierenden Steuereinnahmen ein erhebliches Risiko im Staatshaushalt. Letztlich wird dieses Risiko durch ein Anheben von indirekten Steuern auf den Massenverbrauch abgewälzt werden.

Wohin "die Reise geht", folgt glasklar aus den Intentionen der neoliberalen Wirtschafts-ideologie: die deutschen Unternehmen entziehen sich mehr und mehr ihren nationalen Verpflichtungen zur steuerlichen Mitfinanzierung jener öffentlichen Gesamtleistungen, die sie überall als "Standortqualitäten" einfordern (Infrastruktur, innovatives Forschungspotential, breite und

flexible Berufsbildung usw.), ebenso wie zur Mitfinanzierung aller sozial-ökologischen Zusatzlasten.  
Gleichzeitig wird über Subventionen für die Wirtschaft der Steuerstaat zusätzlich hoch zur Kasse gebeten.

Während das Realkapital immer weniger Beschäftigung gegen Lohneinkommen bietet, fordert es immer mehr Konzessionen und Präferenzen hinsichtlich seiner national-regionalen Ansiedlung von den Gebietskörperschaften ab, um sie billig oder kostenlos zu nutzen.  
Die verheerenden Folgen des internationalen Wettbewerbs der Gewinn-Steuer-senkung müssen sich in defizitären Haushaltslagen widerspiegeln.

Andrerseits hätte die nationale Politik keinen Grund dafür, um diese "Ansiedlungsgunst" des Kapitals zu buhlen: Freies Geldkapital ist längst überreichlich vorhanden und weltweit hektisch auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten. Es weiß daher deutsche "Standortqualität" immer dann zu schätzen, wenn auch die Absatzmarktlage günstig ist.

Und diese Binnemarktlage hängt nicht zuletzt von der realen Kaufkraft der deutschen Lohneinkommen und deren jährlichem Zuwachs ab. Was Unternehmer hier kurzfristig an Lohnkosten sparen wollten, würden sie sofort als Nachfrageverlust bei der Massenkaufkraft hinnehmen müssen.  
Der Staat steht hier vor der Aufgabe, den unternehmerisch-einseitigen Blickwinkel zugunsten der makroökonomischen Gesamtsicht zu korrigieren.

Nachweise:

- /1/ Sachverständigenrat, " Jahresgutachten 1998/99", Metzler-Poeschel 1998
- /2/ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1998
- /3/ Siehe: /1/
- /4/DGB-"Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik", Nr. 4/98
- /5/DGB-"Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, Nr. 2/98
- /6/ Siehe: /1/
- /7/ BMWi, "Wirtschaft in Zahlen '98", 1998
- /8/ IWH, "Wirtschaft im Wandel", Nr. 6/1999
- /9/ Siehe: /1/
- /10/ Siehe: /2/
- /11/ Siehe: /1/
- /12/ Siehe: /8/